

Keine Medikamente mehr vom Arzt?

Sollte es tatsächlich so weit kommen, dass Ärzte ihren Patienten keine Medikamente mehr abgeben dürfen, wären die Konsequenzen haarsträubend.

von Sven Bradke*

Bundesrat Couchepin äusserte jüngst den Willen, den Ärzten die Medikamentenabgabe zu verbieten. Wenn diese Idee zur Realität wird, so würde dies bedeuten, dass in der ganzen Schweiz nur noch die Apotheken Medikamente abgeben dürfen. Weder im Alltag in der Praxis noch in Notfällen, noch bei Hausbesuchen wäre es Ärzten erlaubt, ihren Patienten Medikamente zu verabreichen. Selbst bei Pandemien wie

der Schweinegrippe wären ein ärztliches Rezept und der Gang in die nächste Apotheke nötig.

Die ärztliche Medikamentenabgabe ist ...

Wer diese politische Forderung konsequent zu Ende denkt, merkt schnell, dass sie in die Irre führt. Man stelle sich zum Beispiel vor, ein Fussballspieler verletzt sich während eines Spiels. Der Teamarzt rennt auf das Spielfeld, er darf aber seinem Schützling weder auf noch neben dem Platz die dringend benötigten Medikamente verabreichen. Dann sind nur mehr zwei Lösungen möglich: Entweder fährt eine rollende Apotheke mit Blaulicht und Apotheker vor, oder der verletzte Spieler wird mit einem ärztlichen Rezept in die nächste Apotheke geschickt. Selbstverständlich zu Fuss, da er ja als Verletzter nicht mehr fahrtüchtig ist.

... im Alltag und im Notfall nötig

Ein weiteres Beispiel: Die Rega fliegt mit einem Notarzt einen Einsatz, um einen verunfallten Wanderer zu bergen. Der Notarzt darf dem Patienten vor Ort keine Medikamente abgeben, um die Schmerzen zu lindern. Dies wäre erst in einem Spital mit entsprechender Spitalapotheke möglich.

Verordnung und Abgabe

Und was die Spitäler betrifft: Da Ärzte keine Medikamente mehr abgeben dürfen, wäre bei einer solchen Regelung im-

mer ein Apotheker auf der Visite und im Notfall mit dabei. Der Arzt verordnet zwar die benötigten Medikamente, der Spitalapotheker gibt sie dann aber auf mündliche Anordnung hin ab. Schliesslich soll der Apotheker ja der alleinige «Abgeber vom Dienst» werden.

Medikamente gehören zum Arzt wie das Stethoskop

Eine solche Regelung würde allen Grundsätzen der medizinischen Hilfeleistung widersprechen. Denn Medikamente gehören, ob im Notfall oder im Alltag, zum Arzt wie das Stethoskop. Solange die Ärzte für die richtige Behandlung und die Heilung zuständig sind, solange sollen sie auch überall in der Schweiz Medikamente nicht nur verordnen, sondern auch abgeben dürfen. Dafür wurden sie zielgerichtet ausgebildet. Zudem sind die Ärzte am besten über den Gesundheitszustand ihrer Patienten informiert. Wer folglich den Ärzten die Medikamentenabgabe absprechen will, der nimmt diesen nicht nur ein wichtiges «Arbeitsinstrument» weg, sondern gefährdet möglicherweise sogar vorsätzlich das Leben zahlreicher Menschen. Deshalb: Lieber Herr Couchepin, buchstabieren Sie zurück! Schon Morgen könnten Sie der notleidende Patient sein, der vom Arzt keine Medikamente bekommen darf. Wollen Sie das wirklich?

*Dr. Sven Bradke ist Geschäftsführer der Ärzte mit Patientenapotheke (APA).



FOTO: ISTOCKPHOTO

Der Spieler braucht ein Aspirin. Wenn es nach Bundesrat Couchepin ginge, bekommt er es nur in der Apotheke.

Ihre Meinung zur Medikamentenabgabe?

Wenn Sie einen Kommentar zu diesem Thema verfassen möchten, schreiben Sie bitte an sprechstunde@rosenfluh.ch.

Bald Zustände wie in Frankreich?

Überlastete Hausärzte, unterversorgte Patienten und überdurchschnittlich viele Antibiotikaresistenzen: So steht es um die Gesundheitsversorgung 100 Kilometer von der Schweizer Grenze entfernt.

von Markus Bieri*



Als fünfzigjähriger Hausarzt im Emmental beschäftige ich mich seit geraumer Zeit mit den praktischen Auswirkungen der Schweizer Gesundheitspolitik. Noch vor 20 Jahren war das medizinisch Machbare vorrangig, und die Ärzte konnten relativ frei darüber entscheiden. Heute steht in der Medizin das Bezahlbare im Vordergrund. Darüber bestimmen Ökonomen und Politiker nach ihren Kriterien, das sind Wirksamkeit, Zweckmässigkeit, Wirtschaftlichkeit. Ein Gesundheitswesen, das allein diese Massstäbe anwendet, riskiert aber mittelfristig eine gefährliche Entwicklung. Wohin dies führen kann, ist mir bei einem privaten Besuch in den Vogesen (100 Kilometer nördlich von Basel) bewusst geworden. Zwei pensionierte Ärztinnen haben die Zustände des Gesundheitswesens im ländlichen Frankreich geschildert.

Ärztmangel

Der Beruf des Hausarztes ist für Studienabgänger unattraktiv geworden. Die Apotheker beklagen sich, dass sie unter dem Druck ihrer Kunden gezwungen werden, Behandlungen durchzuführen, für die sie nicht ausgebildet sind. In einem 2500-Seelen-Dorf hofft man, dass die Arztpraxis nun endlich wieder besetzt wird – mit ei-

nem Ungarn, von dem noch nicht klar ist, ob er auf einen Übersetzer angewiesen sein wird. Die verbliebenen Grundversorger sind so überlastet, dass die Betreuung von chronisch oder seelisch kranken Menschen kaum mehr möglich ist.

Resistenzen

Da Hausärzte kein Praxislabor führen dürfen, sind sie gezwungen, Blut für Analysen einzuschicken. Die Resultate treffen entsprechend verzögert ein. Damit fehlt eine wesentliche Möglichkeit, um schon beim ersten Arztbesuch, beispielsweise bei Husten und Fieber, zwischen einer viralen und einer bakteriellen Infektion zu unterscheiden. Obwohl Antibiotika nur bei Bakterien überhaupt wirksam sind, werden sie angesichts der unsicheren Diagnose und mangels Zeit grosszügig verschrieben. Der unkontrollierte und in vielen Fällen völlig ungerechtfertigte Einsatz von Antibiotika begünstigt die Entwicklung von Resistenzen. Das heisst, es haben sich Bakterien gebildet, die auf die Medikamente unempfindlich sind. Dieses Problem ist in Frankreich überdurchschnittlich gross.

Zweiklassenmedizin

In den öffentlichen Spitälern fehlt es an genügend Fachkräften. Wer es sich leis-

ten kann, lässt sich in privaten Kliniken behandeln. Sowohl für die Patienten wie auch für das Personal bestehen dort bessere Bedingungen. Damit hat sich schleichend eine Zweiklassenmedizin entwickelt. Nach verlässlichen Angaben ist es zur Regel geworden, bei Operationen den Ärzten unter dem Tisch ein Zusatzhonorar zukommen zu lassen. Damit lässt sich auch die oft lange Wartezeit etwas verkürzen.

Ärztmangel, Antibiotikaresistenzen und Zweiklassenmedizin – Gefahren, die in der heutigen gesundheitspolitischen Diskussion übergangen werden. Es sind Risiken, die in den Statistiken der Ökonomen nicht erscheinen. Politiker vernachlässigen solche Entwicklungen im Glauben, dass nur der freie Markt die Probleme löst.

In diese Richtung entwickelt sich auch unser Gesundheitswesen in der Schweiz. Liebend gerne würde ich solche Gefahren von mir weisen. Doch wie nahe sie tatsächlich sind, hat mir der Besuch in den Vogesen vor Augen geführt.

*Markus Bieri ist Arzt für Allgemeinmedizin FMH und führt eine Praxis in Langnau (BE).